

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

No 26.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6175.

Hannover
Sonnabend, 29. Dezember 1900.

Geschäftsinsertate pro 3 gespalt. Zeile oberer Raum 25 Pf., für 10 Zeilen 15 Pf. Offertenannahme 10 Pf. Redaktion: Beinhstr. 31. Verlag: Nikolaisstr. 46.

9. Jahrg.

Zum Jahreswechsel.

Das Jahr 1900 eilt zur Neige, mit ihm rückt ein Jahrhundert zum Abschied. Millionen von strebenden, nach ökonomischer und politischer Befreiung ringenden Arbeitern werfen die Frage auf: Was wird das anbrechende Jahr bringen? Die Meisten wissen sich selbst die Antwort zu geben, die da lautet: Noth und Sklaverei, Unbildung und Dummheit, Ausbeutung und Unterdrückung werden auch im Beginn des neuen Jahres, des neuen Jahrhunderts getreue Begleiterscheinungen des herrschenden Systems sein, weil sie mit diesem unlösbar sind. Aber nicht minder sicher werden auch die Mächte vorhanden sein zur Bekämpfung der Noth und des Müßiggangs, der materiellen und geistigen Unterdrückung. Mächte, die gebildet werden im und durch den Kampf der Arbeiter: sie heißen Aufklärung, die Organisation.

Aufklären, Bilden! Verbreitung von Wissen über den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung, den inneren Zusammenhang der herrschenden ökonomischen Verhältnisse, der Erzeugungs- und Austauschweise und der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter ist heute notwendiger denn je. Gibt doch die Gegenwart wieder den unwiderlegbaren Beweis, daß die herrschenden Wirtschaftsformen trotz der „weitausschauenden Industriellen“, trotz ihrer königlichen Kaufleute nicht verhindern können, daß weite Kreise des schaffenden Volkes trotz Lust, Liebe, Drang und Zwang zu werthschaffender Arbeit solche in lohnender Weise nicht finden können. Vor wenig Tagen verkündeten die Glockenthürme mit metallenen Klang ihr „Friede auf Erden!“
Trotzdem die Friedensklänge miderhalten, bekämpfen sich ganze Nationen, sogar verwandte Volksstämme, mit allen Mitteln der modernen Technik des Massenmordes! Der erste Kanonenschuß, der in diesen Kämpfen fiel, gab gleichsam das Signal zum Anbruch der Wirtschaftskrise, die nunmehr in Stockung des Absatzes und der Erzeugung, in Massenentlassungen und Lohnreduzierungen der Arbeitern in fürchterlicher Weise sich bemerkbar macht, Noth und Elend in ihre Pforten bringend. Während viele Arbeiter ganz ohne Verdienst, andere wieder ohne zureichendes Einkommen die Tage des Festes verbringen mußten, sahen sie um sich den Glanz und die Pracht, welche Jene entfalten, die von Kapitals Macht und Gnade die Arbeiter ausbeuten und ausnützen. Wie Vielen mag sich die Frage aufgedrängt haben, muß es so sein? Müßten wir darben, trotzdem wir fleißig schaffen und schenken, während Nichtsthuer und Müßiggänger herrlich und in Freuden leben, von Genuß zu Genuß taumeln? Muß ein Produktionssystem bestehen bleiben, das Ueberschangers, abgelöst durch Feierschichten und gänzliche Beschäftigungslosigkeit, bedingt? In Tausenden von Köpfen haben sich die Gedanken zur Klarheit durchgerungen, daß ein solches System durch ein besseres ersetzt werden kann, und zum Heile, zum Wohlergehen der Arbeiter und im Interesse des Friedens auf Erden auch ersetzt werden muß. Tausende klassenbewußter Proletarier werden beim Jahreswechsel das Gelübde aufs Neue bekräftigen, Pioniere, Bahnbrecher, Wegebauer eines Systems zu sein und zu bleiben, das, aufgebaut auf dem hohen Fundament der Gerechtigkeit, angepaßt den technischen Errungenschaften, den Ansprüchen den allgemeinen Kultur und Sitte, den Schaffenden und Erzeugenden giebt, was ihnen gehört, ungeschmälert durch die Ausnützung parasitischer Profitjäger. Den Ueberzeugten noch eine recht große Schaar Gleichgesinnter beizugehen, damit das nahende Jahrhundert auch wirklich das Jahrhundert der Erlösung und Befreiung werde, — das muß das Werk der Propaganda, der Werbung, der Aufklärung sein.

Die Bekehrten, die neuen Rekruten der großen Idee von der Befreiung der Arbeiter aus dem dreifachen Joch der wirtschaftlichen, politischen und geistigen Knechtschaft, müssen vereint werden mit dem großen Haufen der „Soldaten der Idee“. Sie müssen Mitglieder werden der Organisation. Ein großes Stück Arbeit ist da noch zu leisten. Gibt es doch so Viele, die träge und stumpfsinnig dem Kampf für Organisation der lohnarbeitenden Klassen gegenüberstehen, während Andere in wahnwitziger Verblendung und Verkennung ihrer eigenen Interessen ihre Thätigkeit den Segnern zur Verfügung stellen und dadurch den Kampf ihrer aufgeklärten Leidensgenossen hemmen und hindern. Tausende bleiben aus religiöser Voreingenommenheit, welche von gewissen Politikern

aus Parteinteressen genährt und gepflegt wird, den Organisationen zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen fern und lähmen durch Sondergründungen die Kraft und Stärke der Kämpfer und verhindern deren einheitliche Geschlossenheit. Ja, da giebt es noch Arbeit allerwärts. Aber das neue Jahrhundert wird die Proletarier auf ihrem Posten finden. Haben diese doch gelernt, daß alle großen Ereignisse, grundändernde Begebenheiten wirtschaftlicher, politischer und geistiger Art, Errungenschaften des Kampfes gewesen sind.

Trotzig bieten die kämpfenden Arbeiter den Gefahren ihre Stirn. „Nicht zählen wir den Feind, nicht die Gefahren all,“ so klingt ihr Kampfes- und Trübsalied. Die Verfolgung der Unternehmer, der Behörden und Gerichte, sie haben den Kampf der Arbeiter für Freiheit und Recht nicht zu hindern vermocht. So viel Muth berechtigt zu der Annahme, daß die Jahrhundertwende ein Wendepunkt in der Geschichte der Völker, ein letzter Mark- und Meilenstein im Befreiungskampf des Proletariats sein wird. In dieser Voraussicht widmen wir unser „Prosit Neujahr“ allen Gleichgesinnten, allen Verbandsgenossinnen und -Genossen.

Mögen das alte Jahr, das alte Jahrhundert dahinsausen. Während deren Herrschaft feierten Ueberwitz, Unterdrückungs- und Verfolgungsfucht der Triumphe noch zahlreiche! Ziel zu gering waren der Sichtbilde. Am Zenith des alten Jahrhunderts standen die Wolken der Nacht noch dräuend geballt, — wir grüßen das anbrechende Morgenroth des neuen Jahrhunderts. Sofern es ein Jahrhundert der Vereinigung ist, wird es auch ein Jahrhundert der Befreiung, der Rechts- und Friedensgarantien sein.

Aus dem Bericht der preussischen Fabrik-Inspektoren.

Das Fabrikinspektorat krankt immer noch an der Belastung durch die Dampfesselrevision. Daran ändert auch der sonst freudig zu begrüßende Umstand nichts, daß im Jahre 1899 die Zahl der thätigen Beamten auf zusammen 215 erhöht worden ist. Die 46 Gewerbeärzte, 169 Hilfsbeamten und Inspektoren sollten eben ihre ganze Zeit der Gewerbeaufsicht widmen können, mit anderen Aufgaben absolut nicht bepackt sein. Unter dem jetzigen System war es ihnen wiederum nicht möglich, alle Betriebe mindestens einmal inspizieren zu können. Nur 33,8 Prozent aller revisionspflichtigen Betriebe wurden inspiziert. Der Respekt des Unternehmertums vor den Aufsichtsbeamten, das Streben, die Zustände der Betriebe so zu gestalten, daß sie den Beamten Anlaß zu Anordnungen und Ausstellungen nicht geben, würde weit größer sein, wenn alle Unternehmer mit dem sicher eintretenden Besuche des Aufsichtsbeamten in jedem Jahre zu rechnen hätten. Vollständige Befreiung von der Kesselrevision, weitere Vermehrung der Beamten, Einstellung von Arbeitern und Arbeiterinnen in den Beamtenstab, das scheint uns das Nothwendigste zu sein, was im Interesse der Gewerbeaufsicht durchgeführt werden muß.

Nachdem mehrere deutsche Bundesstaaten Versuche mit weiblichem Personal bei der Gewerbeaufsicht gemacht haben, hat sich auch die preussische Regierung zu einem Versuch der Reform auf diesem Gebiete entschlossen. In Berlin und München-Grubbad ist je 1 Assistentin angestellt. Da die Anstellung erst im laufenden Jahre erfolgte, so giebt der Bericht über ihre Thätigkeit noch keinerlei Auskunft.

Daß das Inspektorat sich immer noch nicht das Vertrauen der Arbeiterinnen und Arbeiter in tiefgehendem Maße erworben hat, dafür legen die einzelnen Berichte beredtes Zeugniß ab. Nur die Inspektion des Bezirkes Oppeln kann sich rühmen, daß 1268 Arbeiter sie aufsuchten. Die Kataster des Bezirkes weisen 175 469 Arbeiter in revisionspflichtigen Betrieben auf. Es hat also auch nur ein geringer Prozentsatz der Arbeiter sich vertrauensvoll an den Inspektor gewandt, darunter aber noch sehr viele Bergarbeiter, Bauarbeiter, Dienstmädchen, ländliches Gefinde, Eisenbahn- und Straßenbahnarbeiter, Fleischer, Stellner, Geschäftsreisende und Photographen, also eine ganze Anzahl, deren Beschäftigung sich nicht in den der Gewerbeaufsicht unterstehenden Betrieben vollzog. Der Verkehr mit dem Aufsichtspersonal in fast allen anderen Bezirken war gleich Null. Ein größerer Verkehr zwischen Arbeitern und Aufsichtsbeamten ist aber, bis man anfängt, zu

Bekehrten auch Arbeiter zu ernennen, im Interesse einer durchbringenden Untersuchung der Betriebe erforderlich; muß doch der Beamte für Oppeln selbst zugestehen, daß die Arbeiter auf Geschwindigkeiten hingewiesen, die sonst nur schwer zu entdecken gewesen wären.

Bei ihrem Urtheil über die Lage der Arbeiter standen die Beamten unter den Einflüssen der steigenden Wirtschaftskrise. Fast überall flotter Geschäftsgang, Anspannung aller Kräfte, gesteigerte Nachfrage nach Arbeitern, Klagen über Mangel disponibler Arbeitskräfte. Da sollte man eigentlich annehmen, daß der Lohn der Arbeiter eine bedeutende Steigerung erfahren haben müsse und die Erhöhung der Unterhaltungsmittel weit überholt worden wäre durch gesteigerte Lohnraten. Leider ist dies nicht der Fall. Der Beamte für den Regierungsbezirk Siegnitz giebt den Wochenverdienst der ungelerten Arbeiter im Durchschnitt auf 9 bis 12 Mark an mit Schwankungen abwärts bis 6 und aufwärts bis 15 und 20 Mark. Er meint, bei solchem Verdienst sei die Mitarbeit der Frau weniger zu beharren! Der Beamte für den Regierungsbezirk Merseburg führt in seinem Bericht an, daß „ungelernte Arbeiter nur 12 bis 18 Mark wöchentlich verdienen, und da nach den Ermittlungen die Familien dieser Gruppe durchschnittlich 3 Kinder haben, so liegt die Nothwendigkeit für die Frau, mitzuverdienen, klar zu Tage.“

Der Beamte für den Regierungsbezirk Merseburg sagt: Die Lohnverhältnisse der großen Menge der ungelerten Arbeiter haben sich trotz der günstigen Konjunkturen wenig gegen die der Vorjahre gebessert. Im Bericht für die Provinz Ostpreußen steht zu lesen: „Die Löhne steigen seit einigen Jahren langsam, aber stetig. Dasselbe thun aber auch die Lebensmittelpreise und noch mehr die Wohnungsmieten, so daß sich die Lebenshaltung der Arbeiterfamilien wohl kaum gehoben haben wird.“ Für Danzig wird der Verdienst der Fabriktagelöhner und Fabrikkutscher auf 10—12 Mark pro Woche angegeben. Der Minimalstundenlohn erwachsener Tagelöhner wird von dem Gewerbe-Inspektor in Elbing auf 18 Pfg. angegeben. In dem berührt gewordenen König beträgt der Mindeststundenlohn 17—18 Pfg. Er ist seit Jahresfrist in ersterem Ort um 3 Pfg., in letzterem Ort um 5 Pfg. gestiegen. Eine Steigerung war aber auch ungeheuer notwendig. Der Potsdamer Gewerbe-Inspektor sagt: „Die Löhne sind im Allgemeinen zufriedenstellende und in Folge Vermehrung der Akkordarbeit in die Höhe gegangen.“ Die Arbeiter müssen also ein größeres Arbeitspensum verfertigen, mehr Arbeitskraft verausgaben; eine hierdurch entstehende Vermehrung des Einkommens steht man in den Kreisen der Arbeiter nicht als eine Erhöhung des Lohnes an.

Derselbe Beamte will wesentliche Lohnerhöhungen in den Ziegeleien und einzelnen Gemischen Betrieben beobachtet haben. In Ziegeleien sollen die Streicherlöhne um 15—20 Prozent gestiegen sein. Eine Zuderfabrik in der Provinz Posen zahlte bei freier Wohnung und Kost einen Tagelohn von 1,10 Mark an ausländische Arbeiter! Die einheimischen Arbeiter erhielten 1,70 Mk. ohne Kost! Eine andere Fabrik zahlte 1,60—1,70 Mk. und rechnete für Mittagbrot und Kaffee 25 Pfg. an; auch hier erhielten die einheimischen Arbeiter 1,70 Mk.

Die Anilinfarben-Fabrik zu Mainkur-Seckenheim hat nach dem Bericht für den Regierungsbezirk Kassel für jeden Arbeiter eine tägliche Lohnerhöhung bewilligt, die den Arbeitern, welche vom 1. April bis 1. Oktober in der Fabrik verblieben waren, am letzten Tage ausbezahlt wurde.

Dieser Satz spricht ganze Bände! Im die Arbeiter auch nur 6 Monate an diesen Betrieb mit seinen mörderischen Einwirkungen auf Leben und Gesundheit der Arbeiter zu fesseln, ist die Gewährung einer Prämie erforderlich! Ob viele Arbeiter sie erhalten? Die Meisten werden trotz der Prämie es vorziehen, sich diesen Betrieb von draußen anzuschauen.

Fast übereinstimmend geht das Urtheil der Gewerbeärzte dahin, daß da, wo sie Lohnsteigerungen konstatieren können, eine Vertheuerung der Lebensmittel, der Wohnungen, des Heiz- und Beleuchtungsmaterials eingetreten ist. So sagt der Verfasser des Berichtes

für den Regierungsbezirk Kassel: Der Mehr- verdient der Arbeiter wird aber gleichzeitig durch die steigenden Ausgaben für Lebensmittel, Kohlen und Miete aufgebraucht, so daß die Lohn- erhöhung auf die allgemeine Lebens- haltung der Arbeiter wenig Einfluß ausübte. — Solchen Ausprägungen der Beamten be- gegnet man vielfach. Daran ist zu sehen, wie das Geschwafel der Arbeiterfeinde von der verbesserten Lage der Arbeiter zu beurtheilen ist. Dazu sei noch einmal festgestellt, daß trotz der allgemein eingestanden- den Vertheuerung der Unterhaltungskosten das Lohn- niveau der ungelerten Arbeiter sich nicht ge- hoben hat.

Die Herren vom Zentralverein deutscher Caoutchoucwaaren-Fabriken

haben im verflossenen Jahre den Versuch gemacht, die ungünstige Lage der Gummifabrikation zu „regeln“. Wie die Anhänger u. d. Vertheidiger der heutigen Wirtschaftsordnung bei fast allen ihren Maßnahmen das Falsche beschließen, so auch die „Reformer“ der Gummifabrikation. Daß die Stodung in der Gummifabrikation auf Ueberproduktion und Unterkonsumtion zurückzuführen ist, dürfte bekannt sein. Ein Regelungs- versuch nach der Richtung hin, daß die letztere dem Verbrauch sich anpasse, und eine Bezahlung der Gummifabrikanten, welche eine Schmälerung der Konkurrenz einzelner Fabriken gegen einander ausschließt oder mindestens beschränkt, wäre uner- läßlich gewesen. Statt dessen beschloßen die Herren eine Erhöhung der Preise und ließen bei der Bezahlung der Arbeiter und bei der Arbeitszeit Alles beim Alten. Die Erhöhung ist bereits im verflossenen Jahre beschloßen, an der Ueberproduktion hat sie nichts geändert, konnte sie nichts zum Besseren ändern, weit eher kann sie im Sinne einer Verschlechterung gewirkt haben. Da die Gummifabrikation eine Unsumme von Massenartikeln erzeugt, die ihren Absatz in den Reihen des schaffenden Volkes finden, deren Kaufkraft aber im letzten Jahre sich wiederum nicht gehoben hat, so ist es ja leicht erklärlich, welche Folgen hier eine Preiserhöhung zeitigen mußte, noch dazu eine solche von 15 Prozent.

Ein Schriftstück, welches den Beschluß einer Preis- steigerung beweist, geben wir im Wortlaute wieder:

Hannover, den 21. Dezember 1899.
P. P.

In einer Aussprache, welcher in der außer- ordentlichen Generalversammlung des Zentralvereins deutscher Caoutchoucwaaren-Fabriken am 20. De- zember in Berlin, Hotel Kaiserhof, stattgefunden, wurde einstimmig die Nothwendigkeit anerkannt, eine rationelle Preiserhöhung aller Caoutchoucartikel durchzuführen. Es sind nicht nur die Rohgummipreise, sondern auch die Löhne, Stoffe, Kohlen, Benzine, Chemikalien so enorm gestiegen, daß die Rentabilität der ganzen Industrie in Frage gestellt wird, wenn nicht die Verkaufspreise einigermaßen im Einklang mit den Materialpreisen gebracht werden. Wir sind deshalb gezwungen, auf unsere bis- herigen Preise vom 1. Januar 1900 an einen Aufschlag bis zu 15 Prozent je nach der Preis- lage der verschiedenen Artikel und Qualität ein- treten zu lassen.

Weitere detaillirte Mittheilungen behalten wir uns vor.

Hochachtungsvoll
Continental-Caoutchouc- und Guttapercha-Compagnie.
Seligmann, ppa. Vöckel.

Schon in einer Notiz der Nummer 24 erlauten wir an, daß die Lage für eine Anzahl Fabriken in der Gummifabrikation mißlich ist. Daß Lohnsteigerungen aber davon schuld sind, das ist einfach Ausschneiderei. Zunächst ist eine allgemeine Lohnverbesserung nicht durchgeführt, und wenn hier oder dort irgend eine Gruppe Branchenarbeiter etwas mehr erhält, so ist hundert gegen eins zu werten, daß diese für ein paar Pfennige mehr Lohn ein ungleich größeres Quantum Waare fertig schaffen müssen.

Aber bei den Gummifabriken in Hannover ist die Thatsache festzustellen, daß Lohnverbesserungen vor- genommen worden sind. Weltbekannt ist es, daß die „Weltfirma“ Continental-Caoutchouc- und Guttapercha- Compagnie riesige Betriebsüberschüsse gemacht hat, ihre Grundstücke bedeutend erweiterte, Neubauten auf- führen ließ, den Leitern gute Gehälter zahlte, ein Uebriges an Leuten giebt und in den beiden letzten Jahren 65 und 40 Prozent Dividende bezahlte. Und das Jüdeln umsetzt, daß „die Rentabilität“ in Frage gestellt wird!

Die Vereinigten Fabriken Harburg-Wien bezahlten 17 1/2 Prozent; die Hannos. Altkun-Gummifabrik gab außer einer Vorzugsdividende von 6 Prozent noch eine Dividende von 12 Prozent; die Hannos. Gummifabrik-Compagnie gab 11 Prozent Dividende.

Unternehmungen, die 40 Prozent für sicheres Reichthum, für Kompensationszwecken abwerfen, bezogenet man als hochrentabel, das sollten die „Reifen“ auf der Bahnenwalderstraße wissen. Ein gefester Gewinn ist es auch noch, wenn 17 1/2, 12 und 11 Prozent den Dividendenbesitzern gegeben werden.

Außer den Genannten erhielten die Aktionäre der Leipziger Gummifabrik 9 Prozent, die Aktionäre der Gummifabrik Müller-Berlin 7 1/2 Prozent, die der Gummifabrik Beigt u. Wende-Berlin 6 1/2 Prozent, die der Gummifabrik Schwanitz 6 Prozent, die Aktionäre

der Berlin-Frankfurter Gummifabriken 5 Prozent. Auch das sind noch Dividendensätze, die auf Rentabilität schließen lassen. Unbestritten soll bleiben, daß eine Anzahl Fabriken sich mit beschleunigtem Gewinn zu- frieden geben mußten. Es sind dies jene, die in Folge Kapitalmangels technisch nicht so ausgestattet sind wie die größeren Betriebe. Denn auch hier konträrkt der Große den Kleinen nieder, während der Größere über alle triumphirt.

Berühmte Mittel zur Niederkämpfung der Wettbewerber sind niedrige Löhne und lange Arbeitszeit. Hier sollten die Reformer des Zentralvereins den Fingern ansetzen, frant machen gegen die schlechte, un- genügende Bezahlung, der übermäßigen Arbeitszeit, den Ueberstunden einen Riegel aufsetzen. Auf beiden besteht die billige Produktion und der Verkauf zu Schleuderpreisen, die den humanen Betriebsleitern das Leben sauer machen.

Aber wenn die Herren eine derartige Reform wollten, dann müßten sie ihren Arbeitern etwas größere Be- wegungsfreiheit geben. Das ist ihnen aber verhaßt. In der Handbare wollen sie ihr Arbeiterpersonal halten, damit dies von dem Rechte der Vereinigung keinen Gebrauch machen kann.

Besonders die Fabrik in Hannover, jene „Welt- firma“, hat in der Hinderung der Arbeiter an der Ausübung des Koalitionsrechtes schon Großes geleistet. Genau so, wie sie Großes leistet an der Niederhaltung des Lohnniveaus. Arbeiter, die Jahre lang bei ihr beschäftigt waren, denen man bei ihrem Abgang schrift- lich attestirte, daß sie ihre Arbeiten gut ausgeführt haben, daß ihr Betragen ebenfalls gut war, sind ent- lassen worden! Warum? Weil sie das thaten, was die Leiter der Fabrik thun, eine selbstständige Meinung in sozialen Dingen befundeten. Aber während die „Continental“ ihrem Zentralverein angehört, dürfen die Arbeiter ihrem Verbande nicht angehören, denn: „Wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe.“ Dieser erprobte Grundsatz ist für viele kapitalistische Betriebsleiter und Leiter der Inbegriff aller Korak und des Rechts. Die Herren vom Zentralverein deutscher Caoutchoucwaarenfabriken irren vom Wege der kapitalistischen Sünde nicht ab.

A. B.

Von der Agitation.

Im Auftrage des Vorstandes des Bundes 11 unternahm Unterzeichnete eine Agitationsstour, dauernd vom 24. November bis einschließlich 3. Dezember. Die Versammlungen hatten das Thema: „Die Organisation und der Kampf ums Dasein.“ (In Othmars, Stuhns, Schwarzwald, Arnstadt, Stadtilm, Gotha, Kassel, Schmiede und Wänden). In Sonneborn wurde leider die Versammlung ausfallen, da kein Saal zu bekommen war. Die Versammlungen waren gut besucht, mit Ausnahme der in Gotha. Die Gothaer Kollegen hatten einen Saal ge- währt, welcher für die große Masse der Arbeiter zu weit ent- fernt lag. Es wurde überall eine beträchtliche Anzahl Mit- glieder aufgenommen. Die Zahl der gewonnenen Mitglieder übersteigt 70. Arbeiter sind 20 für die Handschuhmacher und Schuhmacher, 12 für die Porzellan- und Textilarbeiter aufgenom- men. In Stuhns-Schwarzwald wird der Lokalverband der Bald- und Holzarbeiter zu unserem Verbande übertritten. Die Kollegen haben eingesehen, daß eine Lokalorganisation zur Ver- besserung ihrer Lebenslage ungenügend ist. Offen wir, daß die gewonnenen Mitglieder den Verbänden treu bleiben, und die Begeisterung, welche fast durchweg in den Versammlungen herrschte, auch immer dann vorhanden sein möge, wenn es gilt, irgendwie für die Arbeitsbrüder und -Schwestern ein- zutreten.

Fran C. Erdger.

Korrespondenzen.

Siebrich. Am 1. Dezember tagte hier eine öffentliche Versammlung. Anwesend waren 130—140 Personen. In 1 1/2 stündigem Vortrage referirte Kollege Quitt aus Frankfurt über das Thema: Was soll der Arbeiter wissen? Durch die eindringlichen Ausführungen wurden 10 Personen dem Ver- bande gewonnen. Der Referent legte dann noch den An- wesenenden dar, wie ungenügend es sei, daß jeder Kollege agitire für den Verband, damit die Zahl der organisirten Arbeiter am Orte so hoch sei, daß sie für die Interessen und Rechte der Arbeiter kämpfen können. Zum Schluß wurde noch ge- wünscht, beratende Versammlungen öfter abzuhalten.

Wiesbaden. Am 2. Dezember tagte im Stadtpart zu Ogeln unsere Mitglieder-Versammlung. Zum 1. Punkt der Tagesordnung erbatte der 1. Bevollmächtigte einen kurzen Bericht über den Stand unserer Zahlstelle. Als 2. Punkt wurden die Bevollmächtigten und Referenten in Voranschlag ge- bracht. Es wurde als 1. Bevollmächtigter der Kollege Heigel- Wiedendorf, als 2. Bevollmächtigter der Kollege Friedrich- Knechtel und als 3. Bevollmächtigter der Kollege Müller-Ogeln vorgeschlagen. Als Referenten wurden vorge- schlagen die Kollegen Schuhmacher, Agitz und Heine. Als Referent wurde für Ogeln Ang. Hoff gewählt. Ferner ward der Kollege Heigel als Delegirter zu Gewerbetag nach Wiesbaden gewählt. Die Versammlung soll am 21. Januar stattfinden. Nachdem der Kollege Heigel aus Magdeburg die Kollegen in künftigen Worten erwähnt hatte, für den Verband zu agitiren und immer mehr neue Mitglieder zu werben, und außerdem beschloßen wir, zu Weihnachten einmal wieder Hausorganisation zu betreiben durch Betreiben des „Brotens“, wurde die gleiche gut besuchte Versammlung geschlossen.

Offen. Am 2. Dezember tagte hier eine öffentliche Ver- sammlung. Dieselbe war wenig besucht. Ueber die Organis- ation der Arbeiter referirte Kollege Dörmel. Der Bericht fand ungetheilten Beifall. In der Debatte schloßen sich die Redner dem Vortragenden an. Im Besonderen erwähnte Kollege Jordan die Anwesenenden, daß an der Gewerbetag nach Wiesbaden zu betheiligen. Nachdem einige Kollegen aufgenom- men waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Geisheim. Montag, den 10. Dezember, tagte im „Deutschen Saal“ unsere Mitglieder-Versammlung, welche sehr gut besucht war. Es war aber auch seit 3 Monaten die erste Versammlung, die wir abhalten konnten, denn trotzdem am Orte 5 große Säle sind, war trotz der eifrigsten Bemühung keine davon zum Zweck einer Versammlung zu bekommen. Allen Anwesenden mußte es die bekannte Gewisse, die bei der leidigen Unannehmlichkeit, daß die schaffende Bevölkerung Ortes- weise nicht einmal ein Lokal zur Vernehmung ihrer Angelegen- heiten bekommt, den Gewerbetag nach Wiesbaden zu betheiligen werden muß, auch die Arbeiter bei ihrem gesellschaft- lichen Verkehr und ihrem Reich von Gasthäusern die richtigen

Forderungen zu ziehen wissen. Dann wussten die Anwesenden auf der hiesigen Gemüthlichen Fabrik besprochen. Aufgenommen wurden 10 Kollegen.

Dom. Die am 13. Dezember tagende Mitglieder-Ver- sammlung eröfnete vor Eintritt in die Tagesordnung das Ein- senden der verstorbenen Mitglieder Wilmann und Schmitt in würdiger Weise. Es wurde dann erst, weil der Referent noch nicht erschienen war, der 2. Punkt der Tagesordnung: Kartell- bericht, vom Kollegen Wrens gegeben. Darnach hielt Genosse Blume einen Vortrag über den Begriff der Kartellierung auf die beiden Klassen. Ueber „Vertheuerung“ wurde ein Antrag der Bevollmächtigten und der Referenten angenommen: Den Mitgliedern, welche bei Verhandlungen an einem Bockentage mit der Fahne folgen müssen, wird der Lohnausfall bezahlt. Ebenso fand ein Antrag der Lohnkommission Annahme, für den Lohnausfall einen Zuschuß zu bewilligen und die Kosten prozentual auf die Zahlstellen zu vertheilen. Es wurde noch bekannt gegeben, daß nach Statuten vom 4. Verhandlungstage vorhanden sind und daß die Mitglieder, welche noch nicht im Besitze eines Protokolls sind, sich beim Hilfskassen zu melden haben. Dann folgte die Tagesordnung des Referenten zum Ergänzungsvergügen. Vorgelesen wurden 15 Personen. Es wurde dann Kollege Schumann an Stelle des Kollegen Jenisch, welcher sein Amt als beidseitig Bevollmächtigter aus Gesund- heitsrücksichten niedergelegt, vorgeschlagen.

Harburg. In der Mitglieder-Versammlung vom 11. De- zember referirte Genosse Schumann aus Harburg über die Ernährungsverhältnisse des Volkes. Das geplante Weihnachts- vergügen wird nicht abgehalten. In Punkt 3 erbatte Kollege Seidenkorn Bericht vom Gewerbetag in Harburg. Zum Punkt 4, Maßregelung des ersten Bevollmächtigten Kollegen Gutwirth, führte Kollege Martens aus, daß dieselbe darauf zurückzuführen sei, daß Kollege Gutwirth in einer Mitglieder-Versammlung die Verhältnisse a. der Zulefabrik kritisiert habe. Die Versamm- lung beschloß hierauf einstimmig, daß der Hauptvorstand hies- von in Kenntniß zu setzen sei. Ferner wurde beschloßen, gegen Herrn Ridel, Direktor der Zulefabrik, und seinen Sohn den Klageweg zu beschreiten, weil angenommen sei, daß beide die Firma Gebrüder Salomon beeinträchtigen haben, den Kollegen Gutwirth zu entlassen. Die Klage wird auf Grund des § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches erhoben, welcher lautet: „Wer in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise einem Anderen vorsätzlich Schaden zufügt, ist dem Anderen zur Ent- schädigung verpflichtet.“ Nach Regelung einiger interner Angelegenheiten und unter Hinweis auf das bei Herrn Blanken- berg stattfindende Ergänzungsvergügen sämtlicher Gewerkschaften erfolgte Schluß.

Kehlheim. Sonntag, den 16. Dezember, tagte hier im Gasthof „Zum goldenen Kreuz“ eine öffentliche Versammlung, in welcher Kollege Richter aus München über das Thema: „Unsere wirtschaftliche Lage und wie ist dieselbe zu ver- bessern?“ referirte. Eingangs seiner Rede schilderte Referent das riesige Anwachsen des Kapitals einerseits, andererseits die Zunahme des sozialen Elends. Weiter führte Redner an, daß nur die arbeitende Klasse es sei, welche all die kostbaren Schätze und Einrichtungen erzeugt und geschaffen hat, und nur eilige Dementirer beanspruchten die Schätze für sich, während die große Masse in Elend und Noth dahin kecke. Auch kam Redner auf die Arbeiterkassengelder zu sprechen, wobei er her- vorhob, daß ein Arbeiter wenn er in die glückliche Lage kommt, Altersrente zu beanspruchen, mit 33 1/2 Pfg. versorgt wird. Redner führte an, daß nur eine gut organisirte Arbeiterkassent- im Stande sei, sich Verbesserung ihrer traurigen Lage zu schaffen. Zugleich sprach Redner über die hiesige Arbeiterkassent- einen scharfen Tadel aus, da viele Arbeiter der Organisation der Mäcken lehrten, und nur Einzelne für die Gesamtheit kämpften und traten hervor. — Ein Kollege referirte über den Kampf für den Weihnachtstag, da nämlich, so meinte er, dadurch ein großer Theil Beschäftigungsloser unterkommen und Brot finden könnte. Zum Schluß forderte Referent die circa 200 Versammelten nochmals auf, sich zahlreich der Organisation anzuschließen und energisch für die gerechte Sache zu kämpfen.

Seckhausen. Am 2. Dezember tagte im Gasthaus „Zum Frühlinggarten“ eine Mitglieder-Versammlung. Der Kollege Schäfers, behandelte das Thema: Warum fordern wir höhere Löhne? Redner verstand es, in interessanter Weise vorzu- tragen. Zum Schluß gab er bekannt, auf welche Weise ein Meister einer Ungsburger Spinneret und Weberei sich gegen Sitten und Moral dadurch verging, daß er sich beim An- und Auskleiden des Frauen an deren Garderobe zu thun machte. Die zahlreich besuchte Versammlung spendete dem Redner reichen Beifall.

Ludwigshafen. Was lehrt uns die Gegenwart? So lautete das Thema, über welches Genosse Benzel am Sonntag, den 9. Dezember, im Gesellschaftssaal referirte. Redner führte aus, daß seit einem Jahrzehnt die Unternehmer sich zusammen- schloßen zu Kartellen, Trusts und Syndikaten, um die Preise zu halten oder in die Höhe zu bringen. So seien die unge- heuren Kohlenpreise auf derartige Preisstreiberien zurückzu- führen. Dadurch würden die Konsumenten in unerhörter Weise gequält. Werde doch die deutsche Kohle ebenso wie der deutsche Zucker im Auslande viel billiger verkauft, wie im Inlande. — Wohnungsnoth erfährt eine eingehende Behand- lung durch den Redner. Unter allen Umständen sei es notw- endig, daß sich die Arbeiter der Organisation anschließen, um der Unternehmerrlasse wirksam entgegenzutreten zu können. Zwar sei unser Kampf ein harter und müsse ein harter sein, da sich Bekämpfung gegen Weltanschauung ständen, allein durch Aus- dauer und Muth, sowie durch die Ueberzeugung, daß einer für alle und alle für einen eintreten, werde der Kampf für uns siegreich enden. Zur Organisation empfiehlt Redner: We- senhaftigkeit, Muth und Mäßigkeit und schloß dann seinen 1 1/2 stündigen, mit Beifall aufgenommenen Vortrag mit den Worten: „Nimmer strebe zum Ganzen, und kannst Du selbst kein Ganzes werden, als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an.“

Wald. Der hiesige Gewerkschafts-Vorstand veranstaltete am Sonnt- ag, den 16. d. M., Nachmittags 4 Uhr, im R. K. M. i. K. (Trave- mander Straße) beim Gastwirth Steffen eine öffentliche Agitations-Versammlung, um die an der Trave-Ordnung be- schäftigten ca. 90 Arbeiter zu gewinnen. Leider hatten sich von diesen nur wenige eingefunden, doch hatten die Kollegen von Schluß gut agitiert, sodas Kollege K. a. f. s. sein Referat vor richtig 60 Personen halten konnte. Die Arbeiter an dem Nachmittag, einer Abtörung des Trave-Verbandes, arbeiten unter den denkbar ungünstigsten Bedingungen: geringer Lohn (28 Pfg. pro Stunde), unregelmäßige Arbeitszeit, miserable Wohnungs- verhältnisse. Als vor einiger Zeit ein Heizer Namens G. r. e. l. von der Lokomotive überfahren wurde, dauerte es 3 1/2 Stunden, ehe er in das Krankenhaus eingeliefert wurde, wo er, nach- dem er durch Verwundungen verschied, obwohl er bis zum letzten Augen- blick bei Bewußtsein war. Wie der „Waldener Volksbote“ — ohne Berichtigung zu werden — meldete, transportirte man ihn trotz der heißen Hitze auf offenem „Hilfsmittel“, wie ihn die Bauern zum Düngfahren benutzen, auf ein paar Klappen des Wagens. Da kein Verbandsgang zur Stelle war, hatte man über, um ein Verbot zu verhindern, die Wunden einfach abgekautet. Trotz dieser Mißstände fürchten die Leute den Streik und getrauen sich nicht, unsern Verbände beizutreten. Dennoch haben wir am Orte für die Schutzper Zahl- stelle eine Anzahl Mitglieder gewonnen. Die Kassirung der Beiträge hat der Kollege Wegner in D. n. m. e. r. s. d. o. r. f., ein Lohnarbeiter und alter, thätiger Genosse, übernommen. Hoffentlich gelingt es dem Eifer der Neugewonnenen, die Sent zum Streik, die noch Indifferenten in unsere Organisation zu bringen.

Berlin. Samstag, den 16. Dezember, tagte im Lokale von Waabe unsere Versammlung, in der Herr J. W. Altmann über „Gewerks- und Familienleben“ referierte. Rednerin schilderte das Familienleben, wie es geführt wird und in der heutigen Gesellschaft modern geworden ist, und ging auf das Erwerbsleben über. Die Zahl der Frauen, welche in den verschiedenen Branchen tätig sind, ist ungeheuer hoch; daneben ist die Zahl derer nicht gering, die erwerbsfähig sein müssen, ohne daß sie in Gewerbebetrieben, welche der Gewerbebesitzer unterhalten, schaffen. Ursache ist vielfach der geringe Verdienst des Mannes, der nicht ausreicht, um die verheiratete Lebenshaltung zu bestreiten zu können. Es sei daher Pflicht aller erwerbsfähigen Frauen, sich ihren Organisationsangehörigen, damit für Arbeiter und Arbeiterinnen eine bessere Bezahlung erzwungen werden könnte. Rednerin forderte besonders auf, für untern Behörde tätig zu sein. Denn der Einzelne könne den Launen und Bestimmungen der Unternehmer nicht Widerstand leisten, aber Einigkeit der Arbeiterinnen und Arbeiter mache den Widerstand.

Badenheim. Am 16. Dezember Abends tagte im Lokale des Herrn Peter Witzke eine stark besuchte öffentliche Versammlung, in der Herr G. W. W. W. über die letzten öffentlichen Ereignisse und die Arbeiterorganisationen sprach. In 17 Minuten Vortrag erläuterte er in klaren Worten ein Bild von den Bedingungen im öffentlichen Leben, die einzigen der letzten Zeit einer scharfen Kritik unterziehend. Redner wies nach, daß die China-Wirren in letzter Linie nur ein Produkt des Kapitalismus seien, wie denn auch die 12.000 Mark-Wäffe aus Afrika ein Produkt des Kapitalismus sei, die die wohlhabendsten Kapitalisten es vorzuziehen, selbst die Regierung sich zu ihrem Zwecke untertänig zu machen, die doch berufen sei, als unparteiische Schlichterin das Recht aller Staatsbürger zu wahren. Redner beklagte sodann noch die Sozialpolitik, die von der Regierung getrieben wird, die er als völlig unzulänglich bezeichnete. Die Arbeiter sollten aus all diesen Verhältnissen die Lehre ziehen, daß nur starke politische und wirtschaftliche Organisationen der Arbeiter in der Lage seien, den Übergriffen des Kapitalismus einen wirksamen Damm entgegenzusetzen. Beifälliger Beifall lobte den Redner. 10 Personen traten unserem Verbande bei. Mehrere andere Arbeiter beschlossen, ebenfalls ihrer Gewerkschaft sich anzuschließen. So dringt der Organisationsgedanke immer tiefer in die indifferenten Arbeitermassen ein und immer neue Kämpfer scharen sich um das Banner der Organisation.

Charlottenburg. Am Dienstag, den 11. Dezember, tagte in der „Gambrius-Brauerei“, Wallstraße 94, die Mitglieder-Versammlung der hiesigen Zählstelle. Zu Punkt 1 der Tagesordnung gab Kollege Pohl den schon so oft zurückgestellten Bericht von der Gaukonferenz in Potsdam. Redner teilte dann mit, daß der Gauvorsitzende eine Unterstützung gefordert habe. Ein bestimmter Beschluß hierüber wurde jedoch nicht gefaßt. Viel Zeit nahm die Debatte über den am 1. Dezember 1900 von der Firma G. Schramm entlassenen Kollegen Fritz Schönhof in Anspruch. Da die Debatte eine sehr erregte wurde, wurde auf Anregung des Kollegen Scheel eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung einberufen. Diese fand denn auch am Sonntag, den 18. Dezember, Vormittags 10 Uhr in oben bezeichnetem Lokale statt. In dieser ziemlich gut besuchten Versammlung wurde denn auch nach kurzer Debatte ein Antrag, daß Kollege Schönhof als gemacht-regelt zu betrachten sei, einstimmig angenommen. Kollege Reibe machte dann noch auf die hiesige Organisation der Barbier- und Friseur-Gehilfen aufmerksam und bat, dieselbe nach Kräften dadurch zu unterstützen, daß die Anwesenden nur in Geschäfte gehen sollten, in denen organisierte Gehilfen beschäftigt seien.

Frankfurt. Nachdem unsere Mitgliederzahl auf 250 gestiegen ist, fangen unsere Unternehmer an, die Organisation zu bekämpfen. So ist der Direktor der hiesigen Dachziegel-Fabrik eifrig darüber aus, uns Mitglieder abzugeben zu machen. Er ist Vorstand vom hiesigen Turn- und Rettungsverein, wo mehrere unserer Kollegen auch Mitglieder sind. Der Herr Direktor war damit nicht zufrieden, ließ einige Mitglieder zu sich kommen und sagte ihnen, sie sollten aus dem Verband treten, und wenn sie das nicht machen, sollten sie aus dem Turnverein treten, und wenn sie beides nicht wollten, könne er nicht länger Vorsitzender vom Turnverein sein, binnen 8 Tagen sollten sich die Arbeiter erklären. Bis jetzt hat aber noch Keiner eine derartige Erklärung gegeben. Im Gegentheil, in der Mitglieder-Versammlung am Sonnabend, den 1. Dezember, meldeten wiederum 34 Arbeiter und Arbeiterinnen ihren Beitritt an. Da der Direktor nun auf diese Weise sein Ziel nicht erreichen kann, ist selbiger auf den Gedanken gekommen, auch einen Arbeiterverein zu gründen, bis jetzt haben sich aber unserer Wissens noch keine Mitglieder gefunden. Die Arbeiterfreundlichkeit und Opferwilligkeit des Herrn Direktors ist großartig, so will er sämtlichen Mitgliedern unseres Verbandes ihre eingezahlten Beiträge zurückerhalten, wenn sie aus dem Verband treten und Mitglieder des neu zu gründenden Märderevereins werden. Auch sonst sind die Herren freundlich; so sollen theilweise Mitglieder, welche in der Fabrik bestehen, befreit werden. Es sollen ferner keine Lohnabzüge, wie es sonst jeden Herbst vor Weihnachten der Fall war, gemacht werden. Das war allerdings arg genug, ja, es wurde im vorigen Winter auch die Arbeitszeit um ein Erhebliches gekürzt, so daß es vorgekommen ist, daß Familienväter mit 6 Mk., sage und schreibe mit sechs Mark pro Woche für schwere Erdbarbeit zu Hause gingen. Eine Versammlung wird das Verhalten des Herrn Direktors einer entsprechenden Bezeichnung unterliegen.

Friedrichshagen. In der am 9. Dezember einberufenen Gewerkschaftsversammlung kam es zu lebhaften Erörterungen zwischen Anhängern der freien Gewerkschaften und einer Anzahl Anhängern der christlichen Gewerkschaft. Genosse Zerlowitz aus Offenbach referierte in einhelligem Vortrage über den Nutzen und Wert der freien Gewerkschaften, hierbei das den Interessen der Arbeiter entgegenstehende Verhalten der christlichen Gewerkschaften und deren Führer scharf geißelnd. An der Diskussion beteiligte sich ein christlicher Gewerkschaftler aus Sellgenstadt, der die alten, schon anzügliche Worte widerlegten Behauptungen von der Religionsfeindlichkeit der freien Gewerkschaften an der Hand von Zeitungsnotizen den Anwesenden glaubhaft zu machen versuchte. Eine Anzahl Mitglieder der Gewerkschaften rüden den Gegnern scharf auf jeder und widerlegten deren Behauptungen. Nach einer Aufforderung des Genossen Zerlowitz zum Eintritt in die freien Gewerkschaften wurde die Versammlung geschlossen.

Halberstadt. Am 17. Dezember tagte im Lokale des Herrn Wolters eine außerordentliche Versammlung, an der Kollege Wegmann über die Aufgabe des Verbandes teilnahm. Es handelte sich um die drohende Aussperrung der in der Handhabung und deren verwandten Branchen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Der Genosse Krüger legte die Ursachen der Differenzen dar. Im Jahre 1898 ist mit dem Fabrikanten vereinbart worden, daß die Lehrlinge nur je 2 Beurlaubte annehmen sollen. Nun habe sich gezeigt, daß besonders in 2 Betrieben über diese Zahl von den Lehrlingengehilfen hinausgegangen wurde. Im Sommer seien es wohl 6 Beurlaubte, die über den vertragmäßigen Satz hinausgehend angenommen wurden. Da es gar nicht denkbar sei, daß ein Lehrlingengehilfe mehr als 2 Lehrlinge ausbilden könne, mangelhafte Ausbildung aber den Fabrikanten und auch den Lehrlingen zum Schaden gereiche, so habe eine Versammlung beschlossen, dahins zu wirken, daß nicht mehr Lehrlinge ausgebildet würden, wie 1898 vereinbart worden sei. Ein Verhandeln mit den Fabrikanten hat den Erfolg gehabt, daß diese die Forderungen

stellen, je 2 Beurlaubte von einem Lehrlingengehilfen lernen zu lassen, also die Zahl der Beurlaubten um ein Drittel zu vermindern. Dieser Vorschlag wollte man durch die Einbindung, die man allen Beteiligten im Auge, größeren Raum geben. So habe man also damit zu rechnen, daß 48 Stunden vor dem Feste der Liebe alle in der Handhabungfabrikation beschäftigten Arbeiter die Aussperrung erlitten. In der Debatte wurde noch von einem Handhabungsmacher angeführt, daß die Unternehmer die Einbindung weniger vorgenommen hätten wegen der Forderung, dazu sei diese zu geringfügig, sondern vielmehr um einen Überloß an der Organisation vorzunehmen. Darauf führte Kollege Wegmann aus: Wenn die letztere Annahme zuträfe, dann sei es Pflicht der Organisation der Handhabungsmacher, Alles zu thun, um die Differenzen hintanzuhalten, denn es sei thöricht, sich einen Konflikt, nach dem einen von weitläufiger Bedeutung, wegen geringfügiger Ursachen von den Unternehmern aufzulassen zu lassen. Er gebe den dringenden Rath, die von dem Herrn Bürgermeister angelegte Vermittlung anzunehmen. Zeit und Mühe sei nicht derartig, daß man sich von den Unternehmern zum Auskonde drängen lasse. — Nachdem noch über den Modus der Unterstützung verhandelt, trat Schluß der Versammlung ein. (Die Aussperrung ist perfekt geworden! Tausende Personen sind in Mitleidenschaft gezogen. Davon 58 Betriebsgehilfen! D. N.)

Hamburg-St. Georg. Am 19. Dezember tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Genosse Krüger referierte über: „Mittelallgemeines und Sozialrecht“. Ein Antrag, in nächster Zeit eine öffentliche Versammlung abzuhalten, wurde angenommen. Zustimmung erhielt auch ein Antrag, den Kollegen Bionetti, welcher die nächste Versammlung durch Flugblätter bekannt geben will. Dann wurde der Bericht vom Gewerkschaftskartell gegeben und anschließend daran beschlossen, die Verwaltung des Kartellregulativs und die Urabstimmung darüber in nächster Versammlung vorzunehmen.

Kleinmachnow. Sonntag, den 9. Dezember, tagte im „Elythum“ eine öffentliche Versammlung. Als Referent war Genosse Gente aus Altona erschienen, der einen 17-stündigen Vortrag über „Zweck und Nutzen der Organisation“ hielt. Der sehr eindrucksvolle und lehrreiche Vortrag hatte den Erfolg, daß eine Anzahl Personen ihren Beitritt erklärten. — Am gleichen Abend tagte eine Versammlung in Korfors, in welcher derselbe Referent über das gleiche Thema sprach. Hier sind begründete Hoffnungen vorhanden, daß in nächster Zeit eine Zahlstelle eingerichtet wird, sobald die zur Leitung einer Zahlstelle erforderlichen Personen vorhanden sind. — Die am 12. Dezember tagende Mitglieder-Versammlung prüfte die Abrechnung, die für richtig befunden wurde. Dann wurde der Kartellbericht gegeben und der Tag der Versammlungen festgesetzt.

Ohlstedt. Am Sonntag, den 9. Dezember, Nachmittags 5 1/2 Uhr tagte hier eine öffentliche Versammlung. Genosse Bürger referierte über: „Wie verbessern wir unsere wirtschaftliche Lage?“ Er charakterisierte in scharfer Weise das Verhalten des Bundes der Landwirthe und Gutbesitzer den Arbeitern auf dem platten Lande gegenüber, nahm Bezug auf die Forderungen, betreffend die Betriebsanordnung und schilderte die Wohnungsverhältnisse der Landarbeiter. Alsdann legte er auch den Werth der Organisation auseinander. Beifälliger Beifall folgte seinen trefflichen Ausführungen, eine Diskussion wurde nicht gewünscht. Hierauf wurde einstimmig beschlossen, eine Zahlstelle zu gründen. Die Vorschläge der Bevollmächtigten und Respektoren sollen in der nächsten Mitglieder-Versammlung vorgenommen werden. Nach einem kurzen Appell an die Versammelten schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf unsere Organisation, in das die Anwesenden kräftig und begeistert einstimmten, die Versammlung.

Olfenstedt. Am 20. November tagte unsere Mitglieder-Versammlung, welche nur mittelmäßig besucht war. Zum 1. Punkt der Tagesordnung legte der zweite Bevollmächtigte die Abrechnung vom vorigen Quartal vor, diese wurde von den Respektoren bestätigt. Beim 2. Punkt, Wahl der Bevollmächtigten, wurden Kollege Hermann Kötter als erster und Kollege Fran Heinke als zweite Bevollmächtigte vorgeschlagen. Beim 3. Punkt wurde beschlossen, eine rege Hausagitation zu entfalten, um die der Organisation noch fernstehenden dem Verbandsbezug zuzuführen. Es sprachen dann noch mehrere Kollegen ihr Bedauern darüber aus, daß so viele Mitglieder die Versammlungen wenig oder garnicht besuchen. Es wäre doch an der Zeit, daß die Kollegen sich befehen bemüht werden, daß sie ihrer Pflicht dem Verbands gegenüber damit noch nicht genügen, wenn sie ihr Scherstein beistehen, sondern nur dann, wenn sie auch als Mitarbeiter für die Organisation eintreten und darnach streben, daß sie eine Macht werde, mit der unsere Gegner zu rechnen haben.

Oranienburg. Eine von 200 Personen besuchte Versammlung unserer Mitglieder tagte Dienstag, den 11. Dezember. Kollege Wühl hielt einen gediegenen Vortrag über den Zweck der Organisation und betonte, wie auch am Orte im Verlaufe der Gründung der Zahlstelle zwei Kollegen ihre Entlassung deshalb bekamen, weil jedenfalls dem Betriebsleiter unwahre Behauptungen über die Ziele des Verbandes zugebracht wurden. Die Entlassungen wurden, dank dem Umstande, daß der betreffende Leiter nach den Verbandszwecken sich selbst entließ und die übrigen Arbeiter zu Quasien ihrer entlassenen Kollegen eingriffen, wieder rückgängig gemacht. Es wurde nach dem Vortrage beschlossen, Lohnkommissionen zu wählen. Für die chemische Fabrik wurde eine solche aus sechs Kollegen, für die Schneidemühle eine solche aus vier Kollegen bestehende Kommission gewählt.

Rathenburgerort. Am 19. Dezember tagte unsere Mitglieder-Versammlung bei v. Elyth. Der Kartellbericht, welcher sich ausschließlich auf die Aenderung des Regulativs bezieht, wurde vom Kollegen Wüller gegeben. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen, die Gesamtabstimmung wurde bis zur nächsten Versammlung verschoben. Als Hilfskassier wurden Kollege G. Halberstadt und Bannin gewählt. Auf Beschluß der Versammlung schickte eine Sammelliste zur Beurlaubtenbescheinigung für die Kinder der noch angestrichelten Beurlaubten unter den Anwesenden. Diefelbe ergab 13,70 Mk. Ferner wurden zu demselben Zweck der Genossin Frau Wegmann aus der Soltau, übermies. Das frühere Mitglied Suchowitsch wurde wieder in den Verband aufgenommen.

Schönningen. Sonnabend, den 8. Dezember, tagte im „Goldenen Löwen“ unsere Mitglieder-Versammlung, die leider nur schwach besucht war. Ueberhaupt herrscht hier wieder einmal die Gleichgültigkeit, trotzdem hierzu gerade jetzt am wenigsten Ursache dazu ist. Die Kollegen auf der Soltau sind nicht erschienen, wenn sie ein Jahr auf der Fabrik beschäftigt sind, sechs Mark Beurlaubtengeld! Eine riesige Arbeiterfreundlichkeit deckt dieses Geheimnis auf! Als die Kollegen im Sommer um eine Erhöhung des Stundenlohnes eingekommen waren, wurden sie mit ihrer Forderung abgewiesen. Mit einem so löblichen Gehalt kommt die Fabrikleitung aber auch billiger davon, und was ist das? daß im Sommer nur wenige Kollegen dem Verbandsangehörigen. Die Kollegen werden aber nicht ermangelt, für den Verband thätig zu sein, damit er in den Stand gesetzt wird, den Arbeitern einen solchen Lohn zu erwirken, daß man ihnen — Gehalts nicht mehr zu geben braucht.

Schwabau. Am 9. Dezember tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Ein Schreiben des Gauvorsitzenden forderte Unterstützung der Gaukasse, da die entstandene Agitation große Kosten verursache. In der Beratung des Schreibens wurde

betont, daß aus der Soltau für diese Zwecke kein Geld genommen werden könne. Trodem wurden 10 Mk. bewilligt. Die Sammlung der Beiträge zum Kartell soll wegen der damit verknüpften Schwierigkeiten nicht mehr auf Listen, sondern durch Marken vorgenommen werden.

Sonneborn. Die Kollegen werden ersucht, ihre Beiträge pünktlich zu bezahlen. Wer aber seine Beiträge nicht mehr bezahlen will, der mag sich lieber gleich abmelden, damit ihm bei der Abrechnung nicht mehr gerechnet zu werden braucht. — Die Kollegen werden ersucht, alle vier Wochen in das Vereinslokal „Zur Hofe“ zu kommen, um da ihre Beiträge zu bezahlen. Der 1. Bevollmächtigte wird den Kollegen jedesmal einen Vortrag halten über die wichtigsten Ereignisse, von denen der „Proletarier“ berichtet. Kollegen, Euer Kommen ist am so dringender, weil die Arbeitgeber sich mit dem Gedanken tragen, die Löhne wieder herabzusetzen. Wer das mit vertragen will, der halte fest an der Organisation.

Stadtilm. In der am 27. November tagenden Versammlung referierte Kollege Tröder aus Offenbach über: „Die Organisation und der Kampf um's Dasein“. Die Referentin, welche das Thema in erschöpfender Weise behandelte, hatte den Erfolg, daß 15 Personen sich als Mitglieder aufnehmen ließen. Die Referentin gab eine Schilderung über die Entwicklung der heutigen Form des Arbeitstages und der jeweiligen Stellung, die die Schaffenden unter den verschiedenen Arbeitsverhältnissen eingenommen haben, um dann die Unterdrückungs- und Ausbeutungsucht der Unternehmer zu bekämpfen. Nur letzterer kräftig entgegenzutreten zu können, sei es Pflicht aller Arbeitenden, ob weiblichen oder männlichen Geschlechts, sich zu organisieren, zusammen zu halten, bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Die Arbeiter-Organisation habe es sich zur Aufgabe zu stellen, die Arbeitszeit, höhere Löhne, Regelung der Frauenarbeit, gleichen Lohn für gleiche Leistung) und Verbot der gewerkschaftlichen Konkurrenz zu erwirken; sie habe darüber zu wachen, daß die Arbeitsräume den gesundheitlichen und sittlichen Bedürfnissen genügen. Das System der Heimarbeit sei zu bekämpfen; Heimarbeit sei möglichst zu vermeiden. — Wenn die Arbeiter zusammenstehen, so würde es ein Leichtes sein, diese Bestrebungen zu verwirklichen. Mit der Erfüllung unserer Forderungen werde nach und nach eine kräftige, gesunde und was den Herren Arbeitgebern nur recht sein könne, eine leistungsfähige Arbeiterschaft heranzuwachsen. Die durch die Arbeiter-Organisationen entstandene Arbeiterbewegung habe schon viele Verbesserungen geschaffen. Sie werde noch mehr schaffen, mehr erkämpfen für die Besserstellung des arbeitenden Volkes, wenn die noch fernstehenden Arbeitsbrüder und -Schwestern sich der Organisation anschließen würden. Rednerin verband es, durch zahlreiche Beispiele und statistische Belege ihren Vortrag zu würzen; sie wurde öfters durch Beifall unterbrochen und am Schluß ihrer Ausführungen durch reichen Beifall belohnt. Folgende Resolution wurde von der Versammlung einstimmig angenommen: „Die heute in Schulze's Salon tagende öffentliche Versammlung der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter erklärt sich mit den Ausführungen der Referentin einverstanden. Die Versammlung erkennt an, daß die heutige privatkapitalistische Wirtschaftsweise immer größere Massen des arbeitenden Volkes in Hunger und Elend treibt und erblickt nur in der Beseitigung dieser Wirtschaftsweise die endgültige Befreiung des Proletariats von dem Joch der Kapitalherrschaft. Da die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter aber geeignet ist, eine Umberung des heute herrschenden Elendes durch Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung des Lohnes und Verbesserung der Arbeitsbedingungen herbeizuführen, so erklären sich die Versammelten bereit, den Gewerkschafts-Organisationen beizutreten und für deren Ausbreitung und Fräftigung zu sorgen.“

Thale a. S. Sonntag, den 16. Dezember, tagte im Gasthof „Zur grünen Tanne“ unsere Mitglieder-Versammlung. Kollege G. Sch. legte in kurzen aber kernigen Worten den Bericht der Organisation dar. Seine Ausführungen dehnten sich auch auf die Arbeit aus, die jeder Einzelne für die Organisation verrichten kann; sei doch die hiesige Zahlstelle von 13 auf 70 Mitglieder nur dadurch gebracht worden, daß eine Anzahl Kollegen mündliche Agitation betrieben. Von dem Kollegen Appel wurde die Aussperrung der Handhabungsmacher in Halberstadt angeführt, welche ein Beweis dafür sei, wie rücksichtslos die Unternehmer bei Wahrung ihres Profits vorgehen. Das sei wieder eine Mahnung, daß die Arbeiter sich vereinigen müssen, um gegen Angriffe des Unternehmertums gewappnet und gerüstet zu sein.

Witten i. M. Da es uns erst vor verhältnismäßig kurzer Zeit gelungen ist, hier eine Zahlstelle des Verbandes zu gründen, so halten wir es nun für angebracht, einmal die Verhältnisse, wie sie hier am Orte bestehen, zu schildern. Wer hätte nicht schon von dem an der Kremmen-Brückender Eisenbahn gelegenen „Löpferdorf“ Witten gehört? Und wie vielen magen nicht schon die Verhältnisse in Bezug auf die Arbeiterschaft als „rufige“ geschildert worden sein! Doch sehen wir uns einmal die Verhältnisse an: In den hiesigen Maschinenfabriken sind ungefähr 600 Hilfsarbeiter beschäftigt. Der durchschnittliche Wochenlohn derselben beträgt bei zehnstündiger Arbeitszeit 15 Mark. Wie dabei eine Familie auskommt, kann nur Dutzende beurtheilen, welcher die hiesigen hohen Lebensmittelpreise und Wohnungsmieten kenn. Hinzuzufügen wollen wir noch, daß die zehnstündige Arbeitszeit erst in diesem Sommer durch einen Streik sämtlicher in den Maschinenfabriken beschäftigten Arbeiter erzwungen wurde; bis zu dieser Zeit bestand noch die elfstündige Arbeitszeit. Einige der Hilfsarbeiter waren vor dem im Löpfer-Verband organisiert. Der Streik lehrte uns, daß es an der Zeit sei, der Zahlstelle unseres Verbandes beizutreten, welche zur Zeit von einigen in Regel arbeitenden Kollegen gegründet war.

Da wir bis jetzt auch noch keine großen Erfolge erzielt, so können wir doch konstatieren, daß unsere Zahlstelle jetzt neunzig Mitglieder zählt. Wenn man nun in Betracht zieht, daß die hiesigen Hilfsarbeiter in ihrer großen Masse bis jetzt jeden Organisationsbestrebungen fast feiglos feindlich gegenüber gestanden haben, so kann man sagen, diese kurze Zeit organisatorischer Arbeit war von Erfolg gekrönt. Man hätte eigentlich nach der letzten Lohnbewegung annehmen müssen, weil da dieselbe doch klar und deutlich die Bedeutung der Organisation gezeigt hat, daß nun die Kollegen in Schwärmen zur Organisation kommen müßten; aber weit gefehlt, sobald die Bewegung an Ende war, da verließen die Kollegen wieder in den Winterurlaub. Aufgabe der in der Organisation befindlichen Kollegen muß es nun sein, unablässig zu agitieren, jeden noch fernstehenden Kollegen über unsere Bestrebungen aufzuklären, ihnen vor Augen zu führen, unter welcher traurigen Verhältnissen sie leben und daß die Arbeiter nur dann eine Macht sind, wenn sie vereint, geschlossen bestehen. Darum Kollegen, welche Ihr uns noch fern steht, rufen wir Euch zu: Laßt ab von Eurer Gleichgültigkeit, kommt zu uns, die wir für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen streben.

Werder. Am 8. Dezember tagte in Werder a. d. S. eine öffentliche Versammlung zu dem Zweck, die Gründung einer Zahlstelle in die Wege zu leiten. Kollege Ebert-Potsdam hatte das Referat übernommen. Er führte aus, daß es heute unumgänglich notwendig ist, daß die Arbeiter sich gegen die Ausbeutung der Unternehmer vereinigen. Gerade am Orte, wo viele Ziegeleiarbeiter in Frage kommen, stehen die Löhne sehr niedrig. Dagegen ist die Arbeitszeit lang. Die Frage, wie ist eine Besserung möglich, drängt sich da um so mehr auf. Kollege Ebert führte mehrere Beispiele an, wo die Kollegen durch das Eingreifen der Organisation ihre Lage verbessert haben. Da nun in Folge der ungünstigen Konjunktur jedenfalls die Unter-

nehmer mit Bohrreduzierungen vorgehen werden, so ist es hohe Zeit, daß die Arbeiter sich zusammenschließen. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Alsdann sprach Kollege Kreisfmann aus Potsdam über das Krankenversicherungsgesetz, die Invaliden- und Unfallversicherung. Die Arbeiter verstanden manchen Vortheil, den diese Gesetze bieten, deshalb nicht auszuweichen, weil sie sich um die Bestimmungen nicht kümmern. Die Arbeitervereinigungen kann viel dazu beitragen, daß diese Gesetze den Arbeitern vertrauter werden. Auch würde in Streitfällen den Kollegen Rechtschutz gewährt. — Es ließen sich dann 65 Personen als Mitglieder aufnehmen. Die Bevollmächtigten und Revisoren wurden dann in Vorschlag gebracht.

Wilhelmshagen-Reisefest. Am 11. Dezember wurde der Beschluß des Gewerkschaftsrates, nach welchem die Beiträge auf 10 Pf. erhöht werden sollen, einer Besprechung unterzogen, welche damit endete, daß gegen diese Beitragserhöhung protestiert werden soll. Eine Bezahlung dieses Beitrages erfolgt vorläufig nicht. — Ein Unterstützungsgesuch wird einer Kommission, bestehend aus 3 Personen, zur Vorprüfung überwiesen. Dann referierte Kollege Meyer aus Hamburg über die 10 Gebote und die besitzende Klasse. Nach Erledigung des mit Beifall aufgenommenen Vortrages wurde die Abhaltung eines Sylvesters-ergänzungs beschlossen.

Wolfsbühl. Am 8. Dezember tagte unsere Mitglieder-versammlung. Es wurden die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag gebracht. Sodann wurde auf Antrag des Kollegen Ehrlich beschlossen, im Februar eine Hausagitation vorzunehmen. Kollege Kastenkauf rügte nun mit kräftigen Worten die Rauheit und Gleichgültigkeit der hiesigen Arbeiter und hofft, daß die hiesige Zahlstelle nach der Agitation einen bedeutenden Aufschwung nehmen werde. Nachdem nun noch einige innere Angelegenheiten besprochen waren, wurde die Versammlung um 11 Uhr geschlossen.

Soziale Mundschau.

— Die Lage des Arbeitsmarktes. Daß die Lage des Arbeitsmarktes trübe ist, aber noch nicht ganz so schlimm, wie es nach den Arbeitslosen-Berichten allein scheinen mußte, zeigt sich, wenn man Arbeitsnachweise und Krankenkassen, soweit sie an die Berichterstattung der Berliner Halbmonatsschrift „Der Arbeitsmarkt“ angegeschlossen sind, nebeneinander hält. Während an den Arbeitsnachweisen im November des vorigen Jahres um 100 offene Stellen sich 130,1 Arbeitsuchende bewarben, drängten sich in diesem November 158,1 darum; bei den männlichen Arbeitskräften stieg das Angebot sogar von 144,4 auf 191,4. Gingen in die Zahl der beschäftigten Arbeiter nach den Listen der Krankenkassen in Berlin, Stuttgart, Frankfurt a. M. und, wenn man von den Bauarbeitern absteht, auch in München im Laufe des November weniger gesunken, als im vorjährigen, oder gar noch ein wenig gestiegen oder gleichgeblieben. Lediglich der — allerdings gewaltige — Umschwung in den sächsischen Städten drückt auf die Gesamtziffer (0,8 Prozent Abnahme gegen 0,3 Prozent Zunahme im Vorjahr). Trübe Stimmungen und das Bestreben, sich ihrer zu erwehren, spiegeln sich auch in den Kursen der Börse wieder. Das hinaufsteigen der Kurse auf vereinzelte Momente der Weltpolitik hin, unabhängig von der wirtschaftlichen Lage Deutschlands, hat in der zweiten Hälfte des November an der Börse einer abwärtsdrückenden Stimmung Platz gemacht, bis in der ersten Woche des Dezember ein zu tiefes Herabdrücken durch Beharren der Kurse wieder korrigiert wurde. — Arbeitslosigkeit wird aus einer großen Anzahl von Orten gemeldet, in größerem Umfange bereits aus Nürnberg, Osnabrück, München-Glabach, den bergischen Industriezentren, auch aus Frankfurt a. O. und Braunschweig. Berichte von der dänischen und österreichischen Grenze zeigen, daß in den Nachbarländern sich ähnliche Entwicklungen vollziehen. Die deutschen Verpflegungskontrollstationen zeigen eine wachsende Belegung mit wandernden Arbeitslosen. An einzelnen Orten wie in Elberfeld und in Mannheim: haben sich bereits kommunale Nothstandsarbeiten als notwendig gezeigt.

— Aus Unternehmer-Verbänden. Zwischen dem Verbande süddeutscher Zementwerke und dem nordwest-mitteldeutschen Verbande ist eine Einigung erzielt worden, d. h. man hat sich über die Mittel zur Preissteigerung verständigt. Dagegen bestehen die Differenzen zwischen den Berliner, Stettiner und oberschlesischen Zementwerken noch fort. — Auch diese werden sich geeint in die Arme sinken zur Schröpfung der Käufer und Arbeiter.

— Ein bischöfliches Koalitionsverbot. Wie das „Regensburger Morgenblatt“ meldet, hat der Bischof von Regensburg den Verein katholischer Geistlicher in Bayern, der in Nürnberg seinen Sitz hat, für seine Tätigkeit verboten. Wenn auch die Pfänder der katholischen Geistlichkeit nicht derartige sind, daß die Geistlichen der Koalition in demselben Maße bedürften wie die Proletarier, so sind wir doch neugierig, wie die Zentrumspreffe den Ufas ihres Kirchenfürsten rechtfertigen wird.

— Unternehmerrückständigkeit. Der Verband der Berliner Metallindustriellen macht in einem Rundschreiben bekannt, daß Arbeiter, welche eine Abgangsbescheinigung der Firma A. Lehmann & Co. in Betzschau K. O. vorlegen, nicht eingestellt werden dürfen. Etwa bereits Eingestellte sind wieder zu entlassen.

Die Arbeiter mögen sich ein Gemüth daran nehmen und nicht nach Betzschau gehen.

— Gewerblicher Kinderfahnen. Im Regierungsbezirk Frankfurt a. O. haben kurz aufeinanderfolgend die Polizeibehörden folgender sechs Städte Verordnungen gegen die gewerbliche Kinderarbeit erlassen: Frankfurt a. O., Fürstentum an der Spree, Kottbus, Guben, Sprem und Schwiebus. Am weitesten geht die vom „Vorwärts“ schon mitgetheilte Rottbriener Verordnung, welche die Arbeit von Kindern unter 10 Jahren völlig verbietet. Die anderen Städte haben

meist das Alter von 9 Jahren als Schutzzgrenze festgesetzt, ältere Kinder dürfen meist von früh 6 Uhr bis Abends 7 Uhr beschäftigt werden. Am schwächlichsten ist die Frankfurter Verordnung, die schon Kinder vom vollendeten 8. Lebensjahre der Ausbeutung preisgibt.

Vom sozialen Kampfplage.

— In Freilicht haben, wie „Der Arbeitsmarkt“ berichtet, 44 Arbeiter einer Zucker-Fabrik wegen einer Lohnherabsetzung von 50 Pfg. (ob pro Tag oder Woche ist nicht angegeben) im November die Arbeit eingestellt. Nach derselben Quelle streiken in Bromberg 553 Arbeiter der Sägemüllereien um die 10stündige Arbeitszeit und eine Lohnerhöhung. Unserer Organisation gehören die Arbeiter beider Orte nicht an, wahrscheinlich sind sie unorganisiert.

— In Bremen streiken 17 Arbeiterinnen einer Dütenfabrik, auch diese scheinen unorganisiert zu sein. Unsere Bremer Kollegen mögen einmal nachforschen, den Anschluß an die Organisation veranlassen.

Soziale Rechtspflege.

— Die Verfolgung der Streikposten, wie sie jetzt allermächtig im Schwunge ist, führt zu geradezu ungeheuerlichen Zuständen, wie folgender Fall aus Halle a. S. zeigt. Dort stand dieser Tage der Metallarbeiter Fischer vor der Strafkammer unter der Anklage, die Straßenpolizei-Verordnung übertreten zu haben. Das Schöffengericht hatte ihn freigesprochen, der Amtsanwalt hatte Berufung dagegen eingelegt. Fischer war in der Zeit vom 10. bis 12. Juli während des Metallarbeiterstreiks wiederholt durch die Thorstraße nach dem Streiklokal gegangen, wodurch er das Auge des Gesetzes auf sich gelenkt hatte. Die damals dort Streikposten stehenden Polizeibeamten waren der Ansicht, daß, wenn ein Streikender einmal wegesehen sei, er in begrenzter Zeit niemals nach dorthin zurückkehren dürfe. Dieses war für die Streikenden sehr bedenklich, da sie ihr Streiklokal in der Thorstraße hatten. So blieb denn den Streikenden nichts weiter übrig, als sich den Beamten nach einmaliger Aufforderung so fern wie möglich zu halten. Dieses bestätigte auch ein als Zeuge geladener Polizeisergeant, der da erklärte: „Der Angeklagte ist immer aus dem Wege gegangen.“ Der Staatsanwalt erachtete trotzdem Uebertretung der Straßenpolizei-Verordnung für erwiesen und beantragte 15 Mark Geldstrafe eventuell 5 Tage Haft. Das Gericht aber verwarf die Berufung des Amtsanwalts und sprach den Angeklagten frei. In der Begründung des Urtheils hieß es, das Zeugniß der Beamten reiche zu einer Verurtheilung nicht aus. Der Angeklagte sei gegangen, als er wegesehen wurde; daß er am nächsten Tage wiederkam, konnte ihm die Polizei nicht verbieten. — Es wird demnächst noch so weit kommen, daß der streikende Arbeiter verhindert wird, sich nach seiner Wohnung zu begeben, wenn sie sich zufällig in der Nähe einer gesperrten Firma oder in der Umgebung eines Streiklokals befindet.

— Die Zahlstelle Gr. Otterleben ist polizeilich geschlossen worden, weil sie „Frauenzimmer als Mitglieder aufgenommen, trotzdem politische Gegenstände in ihren Versammlungen erörtert worden sind.“ — Das gerichtliche Verfahren wird Ausflüchtung darüber bringen, ob die Schließung zu rechtfertigen ist. Die Polizei sucht manchmal etwas unter den Begriff „Politik“ zu bringen, was garnicht darunter gehört. Uns schwant, hier ist es ebenso.

Sterbetafel.

332. Joh. Meßmann, geboren am 23. August 1848, eingetreten am 27. Dezember 1896, gestorben am 23. November in Hamburg.
28 528. Joh. Eckbrecht, geboren am 24. November 1855, eingetreten am 7. November 1897, gest. am 22. November in Hamburg.
34 990. M. Müller, geboren am 31. März 1848, eingetreten am 27. Februar 1898, gestorben am 10. Dezember in Leipzig.
3112. Frau A. Röhr, geboren am 29. Oktober 1842, eingetreten am 1. Dezember 1892, gestorben am 10. Dezember in Barmstedt.
02 043. G. Amtmann, geboren am 1. August 1870, eingetreten am 12. Januar 1895, gestorben in Schiffsfel.

Quittung.

Bei der Hauptkasse gingen seit dem 12. Dezember folgende Beiträge ein:
Hants 4,10. Galbe 2,80. Kibeland 1,75. Stuhmann 14,65. Schlenker 23,70. Allen 91,65. Thiede 92,50. Weiseman 54,55 RM.
Für Protokolle: Bannsee 2,—. Leipzig-B. 29,—. Potsdam 10,— RM.
Für Inserate: Leipzig-B. 1,80 RM.
Schluß Montag, den 24. Dezember, Mittags 12 Uhr. In Nr. 25. des „Proletarier“ muß es heißen: Bürgel a. M. 7,— RM.; nicht Weiseman.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher

S. II. 63 488. Friz Reumann, geb. zu Klein i. M. am 21. Februar 1859, eingetreten am 16. Juli 1899 zu Hamburg (St. G.).
7653. B. Romel us, geb. am 1. Mai 1831, eingetreten in Berlin.

Die Reisefontscheine

sind den Bevollmächtigten und Vertrauensmännern zu gesandt worden. Mit dem Gebrauch der neuen Kontrollscheine werden die alten und auch die Reisequittungen außer Gebrauch gesetzt. Der neue Kontrollschein dient zur Kontrolle und als Quittung. Der Gebrauch der Reisefontscheine regelt sich auf folgende Weise: Will ein Mitglied der Zahlstelle B. abreisen, so geht er zum ersten Bevollmächtigten F. und meldet sich ab. Da das Mitglied nun über ein Jahr dem Verbands angehört, so kann es Reisegeschenk beziehen. Zu diesem Zweck erhält es, nachdem der Abrechnungsvermerk eingetragen ist, einen Kontrollschein. Der Bevollmächtigte F., der den ersten Reisefontschein ausgiebt, schreibt auf diesen nur die Nummer 1. Mit diesem Scheine reist der reisende Kollege nach der Zahlstelle M. und begiebt sich zu dem Reisegeschenk-Auszahler. Dieser nimmt Buch und Kontrollschein in Empfang, füllt letzteren aus, läßt sich die Auszahlung des Geschenkes darauf quittieren und legt den Schein nach Auszahlung des Geldes zu seinen übrigen Belägen. Der reisende Kollege erhält nun einen anderen Kontrollschein, auf den die Nummer 2 geschrieben wird. In der Zahlstelle, die er nun besucht, und wo sich die Auszahlung in obiger Weise wiederholt, erhält er einen Kontrollschein Nummer 3 u. s. w.; immer in der Weise, daß der Reisefont-Auszahler den mitgebrachten, nur mit einer Nummer versehenen Kontrollschein abnimmt, das Reisegeschenk darauf quittieren läßt und wieder einen Schein, versehen mit der folgenden Nummer, hingiebt.

Mit Gruß
August Brey.

Neue Adressen und Adressen-Veränderungen

Brezenheim. Peter Böttner, Bauerngasse 388.
Öppingen. Joh. W. J. Egel, Christophstraße 5.
Gelmstedt. D. Friede, Conringerstraße 4.
Oberwiesl. D. Schomwiler, Obergasse 5.
Pasing. Alois Schmieb, Bannbergstraße Nr. 61.
Stettin. Adolf Dau, Rosengarten 32.
Werder. (Gau 8.) Karl Sternsdorf, Brandenburgstraße 112.

Briefkasten.

B. Griesheim. Versammlungsberichte mit rother Tinte zu schreiben ist ein Attentat auf die Augen Derer, welche die Berichte zu bearbeiten haben, also Redakteur und Seher. Aus Rücksicht auf Letztere wirft Du nächstens schwarze Tinte nehmen.
Gruß A. B.

Inserate.

Zahlstelle Stadtilm.

Das erfolgte Ableben unseres Kollegen [1,80 Mt.]
Otto Ebel,

im Alter von 50 Jahren 7 Monaten, geben wir hiermit bekannt. In dem Genannten verlieren wir einen treuen, pflicht-eifrigen Kollegen.
Ehre seinem Andenken!

Zahlstelle Neuschberg.

Sonntag, den 13. Januar 1901: Versammlung bei Ritter. 1. Wahl der Bevollmächtigten und Revisoren. 2. Abrechnung vom 4. Quartal. 3. Berichtedenes. Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig.
[1,05 Mt.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Neumünster.

Unsere Versammlungen finden im Jahre 1901 jeden zweiten Mittwoch im Monat statt.

Zahlstelle Dranienburg.

Sonntag, den 30. Dezember, bei Müller, Sandhausen, Mitglieder-Versammlung. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Kollegen dringend notwendig. Die Versammlung beginnt um 3 Uhr Nachmittags.
[1,20 Mt.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Belten i. M.

Im Sylvester findet unser erstes Vergnügen im Lokal des Herrn Grunow statt, wozu sämtliche Kollegen von Belten und Umgegend freundlichst eingeladen werden. Entree 50 Pfg.
[1,05 Mt.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstellen Altona und Ottenjen. Große Sylvester-Feier 1900.

bestehend in Theater-Aufführungen und Ball im Lokale des Herrn Eckhoff, Gr. Freiheit, Altona.
Preis der Karte 20 Pfg. Die Bevollmächtigten.

Ein fröhliches Neujahr

wünsche allen Kolleginnen und Kollegen von Hamburg, Altona und Umgegend.

Albert Streckmann.

Gleichzeitig empfehle ich den Zahlstellen, sowie Liedertafeln und sonstigen Vereinen zu Festlichkeiten meine reichhaltige Auswahl in

Laternen, Kappen, Rotiflonorden und Kinderfahnen

in Papier und Zeug, mit und ohne Druck.

D. O.

Niederstraße 4, 68. 1. bei Meyer.

NB. Uebernahme des Verkaufs auch bei Festlichkeiten auf eigenes Risiko. [4,25 Mt.]

Zum diesjährigen Jahreswechsel rufe ich allen Kollegen ein

Profit Neujahr

zu. — Bringt mein Tabak- und Zigarrengeschäft in empfehlende Erinnerung.

Morgens von 5 Uhr an geöffnet.

Mit kollegialem Gruß

[3,— Mt.] C. Gerken, Hamburg-Altenhof, Winterhuber Weg 45—47, 68. 9.